# Antrag Nr. 3

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen

an die 173. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

am 12. November 2019

**FRAUENPENSIONEN UND BERUFSVERLAUF**

Die Alterspension von Frauen im Median beträgt bei den Neuzugängen rund 1.150 Euro, jene der Männer rund 2.270 Euro. Der Gender Pension Gap beträgt 51 %. Die große Schere bei den Pensionen verdeutlicht, dass es bis dato nicht gelungen ist, Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt und damit eine eigenständige Existenzsicherung während des gesamten Lebensverlauf zu garantieren. Dies veranschaulichen folgende Faktoren:

Die Erwerbsarbeit ist zwischen den Geschlechtern sehr ungleich verteilt. Während fast die Hälfte aller beschäftigten Frauen (48 %) in Teilzeit arbeitet, trifft das nur auf jeden zehnten Mann zu. Noch immer werden viele Aufgaben im Bereich von Kinderbetreuung, Schule und Pflege auf die Privathaushalte übergewälzt und schränken insbesondere die beruflichen Spielräume von Frauen ein. Pro Woche leisten Frauen 32 Stunden unbezahlte Arbeit, Männer 18 Stunden.

Österreich zählt auch zu den Ländern mit der höchsten Wochenarbeitszeit in Vollzeit. Damit wird es für Frauen mit Kindern einerseits schwieriger, in Vollzeit zu arbeiten und durch das hohe Arbeitsausmaß des Partners wird Teilzeitarbeit oft zur Lösung, um Beruf und Familie zu vereinbaren.

Unternehmen machen sich die traditionelle Arbeitsteilung zunutze: Väter werden in vielen Betrieben mit dem Anliegen, Beruf und Familie vereinbaren zu wollen, schlichtweg ignoriert. Wer sich für Karenz oder Elternteilzeit interessiert muss Karriereeinbußen befürchten. Frauen erfahren Nachteile bei der beruflichen Position, Bezahlung, Karriere und Weiterbildung. Viele haben die Abwertung von Teilzeit verinnerlicht und sprechen selbst davon „nur Teilzeit“ zu arbeiten, als sei diese Arbeit weniger wert.

Angesichts gravierender Lücken bei der Frühförderung von Kindern, des unzureichenden Angebots an Ganztagsschulen und der Verlagerung der Verantwortung für das Lernen auch zu Hause sowie der Lücken bei den professionellen Pflegeangeboten, ist die Rede von der Wahlfreiheit eine Farce.

Damit Frauen eigenständig Leben können und im Fall von Trennung, bei Arbeitslosigkeit oder im Alter nicht Armut riskieren müssen, sind umfangreiche Änderungen der Rahmenbedingungen von Arbeit und Betreuungsaufgaben notwendig.

**Die AK fordert daher:**

* **Es braucht eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.** Das erleichtert es Beruf und Familie zu vereinbaren und Betreuungspflichten partnerschaftlich aufzuteilen.
* **Gleiche Chancen mit Teilzeit:** Das Verbot der Teilzeitdiskriminierung muss ernst genommen werden. Dafür braucht es wirksamere Möglichkeiten der Kontrolle und Aufklärung über dieses Verbot in den Betrieben. Bei der Gestaltung der Weiterbildungsmaßnahmen muss auch auf Teilzeitbeschäftigte Rücksicht genommen werden, das betrifft auch die Nachwuchsförderung.Weiters ist es wichtig, Teilzeitmöglichkeiten für Führungskräften und somit auch männliche und weibliche „Rolemodels“ zu etablieren. Der Einsatz von Teilzeitbeschäftigten als flexible Arbeitskräfte darf nicht gratis sein. Der Mehrarbeitszuschlag muss von 25 auf 50 % erhöht werden und darf nicht durch Durchrechnungszeiträume umgangen werden.
* **Vorzug von Teilzeitbeschäftigten bei freien Stellen im Betrieb:** Bereits jetzt müssen Teilzeitkräfte, die ihre Arbeitszeit aufstocken möchten, informiert werden, wenn in ihrem Unternehmen eine Vollzeitstelle ausgeschrieben ist. Das reicht nicht aus. Es braucht ein Recht der Teilzeitbeschäftigten, ihre Arbeitszeit aufzustocken bzw auf Vollzeit zu wechseln. Zudem sollen die Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten durch den Arbeitgeber erhoben und bei der Personalplanung berücksichtigt werden.
* **Familienfreundliche Unternehmenskultur entwickeln:** Karenz, Elternteilzeit und Wiedereinstieg für Mütter und Väter muss ohne Nachteile für das weitere Berufsleben möglich sein. Dazu braucht es familienfreundliche Arbeitszeiten, Förderung von Väterkarenz und Elternteilzeit für Mütter und Väter.
* **Es braucht ausreichend Angebote der Kinderbetreuung, Ganztagsschulen und Pflegeangebote.** Es soll ein Recht auf qualitätsvolle, ganztägige und kostenlose Elementarbildung ab dem 1. Geburtstag eingeführt werden. Damit das möglich ist, müssen die Ausgaben auf das EU-Niveau von 1 % des BIP angehoben werden.
* **Bessere Bewertung der Kindererziehungszeiten in der Pension:** Diese werden derzeit auf Basis des monatlichen Durchschnittseinkommens von Frauen (Median) 12x jährlich berechnet, die Sonderzahlungen werden nicht berücksichtigt. Die AK fordert daher eine Anhebung der Bewertung auf den tatsächlichen Frauen-Median inklusive Sonderzahlungen.

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Angenommen | Zuweisung | Ablehnung | Einstimmig | Mehrstimmig |